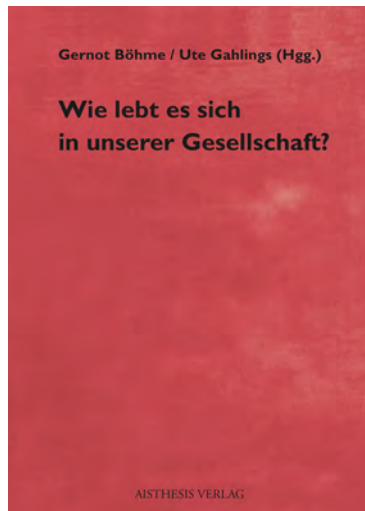


Leseprobe

Gernot Böhme und Ute Gahlings (Hgg.)

Wie lebt es sich
in unserer Gesellschaft?



AISTHESIS VERLAG

Bielefeld 2015

Die Beiträge dieses Buches entstammen der Arbeit der awareness group am Institut für Praxis der Philosophie e.V., IPPh, bzw. der Herbsttagung 2013 dieses Institutes. Deren Titel war: In welcher Gesellschaft leben wir? Sie wurde gefördert durch die HSE und die Kulturfreunde, beide Darmstadt; und insbesondere durch die FAZIT-Stiftung, Frankfurt/M. Diesen Institutionen gilt unser Dank.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2015
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld
Satz: Germano Wallmann, www.geisterwort.de
Druck: docupoint GmbH, Magdeburg
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-8498-1083-2
www.aisthesis.de

Inhaltsverzeichnis

Gernot Böhme und Ute Gahlings Einführung	7
---	---

I. ZUKUNFT UND RÜCKSEITEN DER GESELLSCHAFT

Gernot Böhme In welcher Gesellschaft wollen wir leben?	21
---	----

Klaus von Lampe Kehrseiten der Gesellschaft	31
--	----

II. DIE WOHLSTANDSGESELLSCHAFT

Marianne Brieskorn-Zinke Krankheits- oder Gesundheitsgesellschaft? Der Einfluss des Medizinsystems und des Gesundheitsmarktes auf unsere Gesellschaft	47
--	----

Ziad Mahayni Individualität und Konsum	57
---	----

Gernot Böhme Dienstleistungsgesellschaft ohne Dienstleistungen	79
---	----

III. GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Klaus Dörre Prekarität – die neue soziale Frage?	89
---	----

Rudi Schmiede Die informatisierte Arbeitsgesellschaft	123
--	-----

IV. DIE GENDERGESELLSCHAFT

Ute Gahlings

Heteronormativität.

Zur gesellschaftlichen Bedeutung von Geschlecht 149

Kai Buchholz

Die zwangsheterosexuelle Ellenbogengesellschaft 171

V. AUSBLICK

Nico Stehr

Die Freiheit ist eine Tochter des Wissens 203

Über die Autorinnen und Autoren 217

Gernot Böhme und Ute Gahlings

Einführung

1. Einleitung

Im Institut für Praxis der Philosophie e. V., IPPh, tagt seit seiner Gründung eine sogenannte *Awareness-Group* monatlich. Hier treffen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um laufend aktuelle Probleme und Defizite unserer Gesellschaft zu diskutieren – und zwar unter dem Gesichtspunkt, wie man jeweils eingreifen könnte. Es ist evident, dass ein praktisches Eingreifen durch eine Initiative des Institutes sich auf ganz wenige Probleme beziehen muss und nur selten stattfinden kann. Immerhin haben die Diskussionen der *Awareness-Group* zu zwei solchen Initiativen geführt: einerseits zum Pilotprojekt *Präoperative Patientenfürsorge* und andererseits zur Gründung der Regionalwährung im Kreis Darmstadt-Dieburg, dem *Regio*. Eine weitere Möglichkeit, Debatten über gesellschaftliche Defizite zu analysieren und gegebenenfalls Problemlösungen anzubieten, ist nach wie vor die klassische (Buch-)Publikation. So hat das Institut in den letzten Jahren die Ergebnisse von vier Herbstkonferenzen publiziert, deren Themen aus der *Awareness-Group* stammten. Es handelt sich um folgende Publikationen, jeweils von G. Böhme herausgegeben:

- Der mündige Mensch. Modelle der Philosophie, Geschichte, Medizin und Rechtswissenschaft. Darmstadt: WBG 2009
- Kritik der Leistungsgesellschaft. Bielefeld-Basel: Edition Sirius im Aisthesis Verlag 2010
- Alternative Wirtschaftsformen. Bielefeld: Aisthesis Verlag 2012
- Pflegenotstand: Der humane Rest. Bielefeld: Aisthesis Verlag 2013

Das vorliegende Buch ist der fünfte Band, der aus der Arbeit des Instituts für Praxis der Philosophie e. V., IPPh, hervorgegangen ist. Mit der Frage nach unserer Gesellschaft, ihrer Struktur, ihren Problemen wird die Arbeit der *Awareness-Group* zu einem ersten Abschluss geführt. Es handelt sich hier um die Basis zu einem Neuanfang, um eine Art Übersicht und Blick auf das Ganze, nach dem wir uns dann erneut Einzelfragen zuwenden können. Der Titel des Bandes hätte auch wie die Herbsttagung des Jahres 2013 lauten können: „In welcher Gesellschaft leben wir?“ Doch zum einen sprach gegen

diesen Titel, dass es mehrere Bände mit dem Titel „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“¹ gibt, die Armin Pongs herausgegeben hat. In diesen Büchern kommen durchweg ausgewiesene Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zu Wort, sodass das sozialtheoretische Interesse, nämlich die Frage, wie man vonseiten der Gesellschaftstheorie die Gegenwartsgesellschaft charakterisieren kann, dominiert. Im Gegensatz dazu versuchen wir in den meisten der Beiträge den Standpunkt der Betroffenen deutlich zu machen, indem wir uns fragen, wie es uns als Mitgliedern der Gesellschaft eigentlich geht und wie wir uns in der Gegenwartsgesellschaft fühlen. Dabei haben wir vier Schwerpunkte gewählt, durch die sich unsere Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft, als Konsumgesellschaft, als Gendergesellschaft und als Wissensgesellschaft darstellt. Diese Begriffe sind selbstverständlich nur pointierende Vorwegnahmen für die einzelnen Charakterisierungen unserer Gesellschaft.

2. Die Arbeitsgesellschaft

Ohne Zweifel ist unsere Gesellschaft durch ihre Wirtschaftsform weiterhin als kapitalistische Gesellschaft zu bezeichnen. Das Leben in dieser Gesellschaft wird durch das, was Karl Marx die *Produktionsverhältnisse* nennt, also die Beziehung von Arbeit und Kapital bestimmt. Für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder ist damit ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft durch ihr Dasein als Erwerbspersonen bestimmt: Man gehört zur Gesellschaft, man ist in die Gesellschaft integriert, wenn man Arbeit hat – selbst als Arbeitsloser wird man zur Erwerbsbevölkerung gezählt, insofern man nämlich quasi im Wartestand die industrielle Reservearmee – um einen Marx’schen Ausdruck zu verwenden – bildet. Nun konnte man zwar zeitweise wegen der massenhaften Freisetzung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Rationalisierung und Automatisierung, verbunden mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, glauben, dass wir am Ende der Arbeitsgesellschaft angekommen seien oder, besser gesagt, dass es nicht mehr sinnvoll sei, unsere Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft zu charakterisieren.²

1 Armin Pongs (Hrsg.). *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Perspektiven, Diagnosen, Konzepte / Auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag*. 3. Aufl. Bd. 2 (2000). Rimsting: Dilemma-Verlag, 2007.

2 Siehe dazu Klaus Offe. *Arbeitsgesellschaft. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*. Frankfurt a. M.: Campus, 1984 und Gernot Böhme „Reflektionen zur

Doch die bereits von Autoren des Prager Frühlings, aber auch die von Daniel Bell in seinem Buch über *postindustrielle Gesellschaft*³ 1973 erhobene Forderung, die Gesellschaft im Ganzen nun anders zu charakterisieren, weil der bzw. die Einzelne weniger durch Arbeit als beispielsweise durch Bildung und Politik in die Gesellschaft integriert sei, hat sich als gegenstandslos erwiesen. Jedenfalls gilt für die Bundesrepublik, einem Land, das wirtschaftlich prosperiert – auf ganz Europa gesehen dürften die Verhältnisse anders liegen –: Wir leben nach wie vor in der Arbeitsgesellschaft. Das liegt daran, dass anstelle der durch Rationalisierung und Run-away-Industries verlorenen Arbeitsplätze neue geschaffen wurden, vor allem im Dienstleistung- und IT-Bereich, wie Rudi Schmiede in diesem Band in seinem Beitrag über die informatisierte Arbeitsgesellschaft darlegt. Faktisch ist es sogar so, dass die Zahl der Werktätigen zwischen 2000 und 2012 erstmalig auf über 50 % der Bevölkerung gestiegen ist (von 39,257 Mio. auf 41,565 Mio. Personen). Das zeigt, dass unsere Gesellschaft sogar eine forcierte Arbeitsgesellschaft ist, wobei *forciert* auch meint, dass gewisse Politikerinnen und Politiker bewusst darauf abzielen, immer größere Teile der Bevölkerung als Erwerbstätige zu mobilisieren. Das ist beispielsweise bei der sogenannten Familienpolitik der Fall, die darauf abzielt, mehr und mehr Frauen von Betreuungs- und Erziehungsaufgaben „freizusetzen“ – durch den staatlich geförderten Ausbau des Kita-Wesens und den Rechts-Anspruch von Kleinkindern auf einen Kita-Platz. Andererseits ist das bedeutende und auch erstaunliche Anwachsen der Erwerbsbevölkerung nur dadurch möglich gewesen – wie Klaus Dörre in seinem Aufsatz zeigt –, dass der Zuwachs an Beschäftigungsverhältnissen sich vor allem im Bereich der prekären oder, wie das statistische Jahrbuch der BRD sagt, *atypischen* Beschäftigungsverhältnisse vollzieht. Das sind Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeitarbeit oder nur vorübergehende oder nicht einmal sozialversicherungspflichtige, weil zum Niedriglohnsektor gehörend. Wenn im Zeitraum von 2000 bis 2012 die Zahl der abhängig Beschäftigten um 2,5 Mio. gestiegen ist, so sind von diesem Zuwachs 2 Mio. als atypisch Beschäftigte anzusehen.⁴

Wenn man nun danach fragt, wie es sich in dieser unserer Gesellschaft qua Arbeitsgesellschaft lebt, so haben wir schon seinerzeit mit dem Titel

Geschichte der Arbeit“. In: Hassan Givsan u. Wolf-Dietrich Schmied-Kowarzik (Hg.). *Reflexionen zur geschichtlichen Praxis*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 1993. S. 37-54.

3 Daniel Bell. *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus, 1996.

4 Statistisches Jahrbuch der BRD 2013.

„Leistungsgesellschaft“ die Antwort signalisiert: stressig. Zwar ist es so, dass das Anwachsen der Zahl der Erwerbstätigen als ein wirtschaftlicher Erfolg betrachtet wird, doch gerade wegen der wirtschaftlichen Dynamik, aber auch wegen der weiterhin bestehenden industriellen Reservearmee lebt der einzelne Arbeitnehmer und die einzelne Arbeitnehmerin ständig in der Angst, seinen bzw. ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Aber was ihn und sie darüber hinaus zu ständiger Höchstleistung, zu Überstunden und Verzicht auf Auszeiten, trotz Unwohlseins oder Krankheit, antreibt, ist die ständige Bedrohung, aus einem Normalarbeitsverhältnis in ein atypisches oder in den Bereich der Leiharbeit abgedrängt zu werden. Die Integration des Einzelnen in diese Gesellschaft, eine Integration als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin, ist keineswegs ein Vergnügen, und fast niemand kann sich im Bewusstsein einer solchen Ungewissheit in der Gesellschaft sicher oder gar behaglich fühlen.

Der zunächst in der zweiten industriellen Revolution nicht erwartete Zuwachs an Arbeitsplätzen verdankt sich nicht nur der Ausdehnung des IT-Bereichs einschließlich der Unterhaltungsindustrie, sondern auch der seinerzeit schon von Daniel Bell vorausgesagten Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Man fragt sich allerdings, was dieses Mehr an Dienstleistungen für den Einzelnen bedeutet. Woher kommen die Arbeitsplätze im *Dienstleistungssektor* und wem dient diese Dienstleistung? Natürlich darf nicht übersehen werden, dass zum Dienstleistungssektor auch der gesamte Bereich von Handel, Banken, Versicherungen und Verwaltungen gehört. Andererseits aber entstehen viele Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor dadurch, dass Tätigkeiten, die ursprünglich dem Reproduktionssektor, vor allem also dem Haushalt angehörten, kommerzialisiert, d. h. zur Dienstleistungsarbeit wurden. Es geht um das Kochen, die Aufbereitung der Lebensmittel (convenience food), um Kinderbetreuung, um Waschen u. v. m. Wir sehen hier, wie die Mobilisierung von Hausfrauen zur Erwerbsarbeit Hand in Hand geht mit der Kommerzialisierung der Hausarbeitstätigkeiten. Ursprünglich hatte Hannah Arendt den Arbeitsbegriff so ausgeweitet⁵, dass er neben der Erwerbsarbeit eben auch die Reproduktionstätigkeiten umfasst, und das in der Absicht, ihnen gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen. Faktisch ist diese Aufwertung aber zur Umwandlung dieses Tätigkeitsbereichs in Erwerbsarbeit und zur Mobilisierung der Frauen zu Erwerbstätigen geraten. Zu einer Erleichterung des Lebens in unserer Gesellschaft, wie der

5 Hannah Arendt. *Vita activa oder vom tätigen Leben*. München: Piper 2. Aufl. 1981.

euphemistische Titel *Dienstleistungsgesellschaft* verspricht, hat das jedoch nicht geführt. Im Gegenteil zeigt sich, dass vieles, was noch vor Jahrzehnten öffentliche Dienstleistung war, jetzt mehr und mehr dem Einzelnen aufgebürdet wird (siehe dazu den Beitrag von Böhme in diesem Band).

3. Wohlstandsgesellschaft – Sozialstaat

Unsere gegenwärtige Gesellschaft wird als Wohlstandsgesellschaft bezeichnet, weil es dem Bürger und der Bürgerin – zumindest in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland – im Durchschnitt gut geht und im Vergleich zu früheren Generationen ein viel höheres Lebensniveau erreicht wurde. In dieser Hinsicht hat der Ausdruck *Wohlstandsgesellschaft* eine Verwandtschaft mit dem, was Herbert Marcuse und Kenneth Galbraith die *Überflussgesellschaft* genannt haben.⁶ Materielles Wohlergehen, aber auch Gesundheit hat inzwischen einen solchen Stellenwert erreicht, dass ihr Selbstbewusstsein sich für viele Menschen über Konsum und Gesundheit konstituiert (siehe dazu die Beiträge von Mahayni und Brieskorn-Zinke). Auch das Bewusstsein, zu dieser unserer Gegenwartsgesellschaft wirklich dazuzugehören, hängt für viele Menschen davon ab, ob sie *mithalten* können, d. h., ob sie sich die jeweils neuesten elektronischen Geräte leisten, ein vorzeigbares Auto fahren und mehrfach pro Jahr Urlaubsreisen unternehmen können. Dieser Gesichtspunkt kann unter Umständen sogar die Frage überdecken, ob man erwerbstätig ist oder nicht: Man ist ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft nur als Konsumbürger bzw. Konsumbürgerin. Ist also unsere Gesellschaft eher eine Konsumgesellschaft als eine Arbeitsgesellschaft?

Dieses Denken ist allerdings nur möglich auf der Basis eines so umfassenden sozialen Netzes, wie es im Sozialstaat Bundesrepublik geknüpft wurde. Wenn man im Blick darauf, dass inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung erwerbstätig ist, Grund hat, unsere Gesellschaft als Arbeitsgesellschaft zu bezeichnen, so fragt sich doch, wovon die andere Hälfte lebt. Es ist ja nicht mehr so wie ehemals, dass das Arbeitseinkommen des Familienvaters noch die ganze Familie einschließlich der Alten versorgen könnte. Vielmehr sind die immer noch wachsenden Anteile der Nichterwerbsbevölkerung,

6 Herbert Marcuse. *Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud.* (1955), Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1978; Kenneth Galbraith. *The Affluent Society.* (1958), dt. *Gesellschaft im Überfluss.* München: Droemer Knaur 1963.

nämlich die der Rentner und der Auszubildenden weitgehend auf staatliche Hilfe angewiesen. Das geschieht durch die Stützung der Rentenkassen aus Steuermitteln und auch weiterhin durch die staatliche Finanzierung fast des gesamten Bildungssektors. Diese Bereiche, die nach dem ursprünglichen Ansatz von Bismarck noch über Versicherungssysteme, also nicht über den Staatshaushalt finanziert wurden, würden es heute allein schon legitimieren, von unserem Staat als Sozialstaat zu reden. Es kommt aber das hinzu, was im engeren Sinne als das *soziale Netz* bezeichnet wird. Hier geht es um eine große Mannigfaltigkeit von staatlichen Leistungen, durch die Personen, die eigentlich zur Erwerbsbevölkerung gehören, aber als Arbeitslose, Teilzeitbeschäftigte, Niedriglohneempfänger oder sonstige, sich in ähnlichen prekären Arbeitsverhältnissen Befindende, herausfallen würden, in einem angemessenen Konsumstatus erhalten werden. Man denkt unter dem Stichwort „soziales Netz“ heute hauptsächlich an Hartz IV. Dabei handelt es sich um die *Grundsicherung für Arbeitssuchende*, und zwar um Leistungen zur Wiedereingliederung ins Arbeitssystem und zur Sicherung des Lebensunterhaltes. Faktisch geht es aber dabei nicht bloß nur um die Arbeitslosen, sondern auch um die Geringverdienenden, die *Einkommensergänzungsleistungen* beanspruchen können, um ein zumutbares Konsumniveau zu erreichen. Was aber als Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bekannt ist, macht nur den Grundstock der möglichen Leistungen, die das soziale Netz bietet, aus. Diese überhaupt zu erkennen und zu akquirieren, ist für die einzelnen Betroffenen äußerst schwierig und sie können das im Normalfall ohne professionelle Sozialberatung gar nicht leisten. Nehmen wir als Beispiel den Fall einer alleinerziehenden halbtagsbeschäftigten Mutter von zwei Kindern:

Sie hat Anspruch auf Wohngeld und Zuschuss zu den Heizungskosten; die Kinder gehen in kommunal geförderte Kindergärten und Kitas und die Mutter erhält gegebenenfalls für den Elternanteil noch einen Zuschuss. Reicht dies an Kinderbetreuung nicht aus, weil ihre Arbeit auch am Abend oder am Wochenende stattfindet, erhält sie für die dann nötige Tagesmutter ebenfalls einen staatlichen Zuschuss. Für die immer mehr ausgedehnten Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen im musischen Bereich und im Sport erhält sie aus dem durch die frühere Ministerin von der Leyen gegründeten Fonds Bildungsgutscheine.

Selbstverständlich erhält sie, wie andere Eltern auch, Kindergeld und als Alleinerziehende steuerliche Vergünstigungen. Wenn der Vater dieser Kinder selbst zur Klasse der Hartz-IV-Empfänger gehört, wird das eigentlich von ihm zu leistende Unterhaltsgeld als Vorschuss vom jeweiligen Bundesland übernommen. Sollte sie aufgrund ihrer prekären Lage, und sei es auch

nur zur Durchsetzung ihrer Ansprüche in Rechtshandel verwickelt werden, so hat sie gute Aussicht, dass die Prozesskosten über Armenrecht von Staats wegen übernommen werden.

Wenn wir unsere Gesellschaft als Wohlstandsgesellschaft bezeichnen, so ist das nur möglich, weil unser Staat als Sozialstaat einen großen Teil der Bevölkerung durch Leistungen aus dem sozialen Netz auf einem angemessenen Konsumniveau hält. Dabei ist der Ausdruck *Netz* durchaus angemessen, weil, wie wir gesehen haben, es sich hier nicht um einen einzelnen Versorgungsstrang, eine Art Nabelschnur, wie es etwa das bedingungslose Grundeinkommen wäre⁷, handelt, sondern um ein vielfach verknüpftes Gewirr von Einzelleistungen. Faktisch wird dadurch erreicht, dass unser lieb gewordenes Selbstbild von unserer Wohlstandsgesellschaft nicht durch große Flecken von Massenarmut beschmutzt wird. Ob aber die betroffenen Nutznießer und Nutznießerinnen des sozialen Netzes es sich darin wie in einer Hängematte bequem machen können, ist fraglich. Nicht nur, dass sie wegen der vielfältigen Einzelleistungen und der sehr unterschiedlichen Behörden, an die sie sich wenden müssen, in ständiger Jagd nach den Leistungen durch Anträge, Gutachten, Erklärungen sind, vielmehr müssen sie einen Teil ihrer Bürgerrechte und insbesondere den Schutz ihrer Privatsphäre aufgeben, indem sie etwa eine Meldepflicht bei der Agentur für Arbeit haben, ja dort sogar Urlaub beantragen müssen, oder aber dem Sozialamt und dem Jugendamt Zutritt zu ihrer Wohnung und die Gelegenheit zur Begutachtung des Entwicklungsstandes ihrer Kinder gewähren müssen.

4. Gendergesellschaft

Unsere Gesellschaft wird gern als eine post-feministische Gesellschaft bezeichnet, in der sich angeblich viele Fragen und Forderungen in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter erledigt haben. Ein politischer Feminismus scheint sich folglich erübrigt zu haben und allenthalben wirkt unsere Gesellschaft ermüdet, wenn es um die Ursprungsthemen der beiden großen Frauenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert geht.

Nur die regelmäßig geführten Debatten um verpflichtende Frauenquoten in der Wirtschaft erhitzten noch die Gemüter, weil die zwangsweise Durchsetzung eines gewissen Frauenanteils in den Führungsetagen von Politik,

7 Götz Werner. *Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens*. Kiepenheuer & Witsch: Köln, 2007.

Wirtschaft und Wissenschaft als Angriff auf die individuelle und institutionelle Autonomie aufgefasst wird. Dagegen findet der alljährlich vorgebrachte Bericht über die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit, die in eklatantem Widerspruch zu unserer Verfassung steht, nur noch ein rasch abflauendes Medienecho – Maßnahmen zur Veränderung des *Gender Pay Gap* lassen auf sich warten.⁸ Und auch als im März dieses Jahres 2014 nach einer europaweiten Erhebung der EU-Bericht zu Gewalterfahrungen von Frauen vorgelegt wurde, hatte unsere Gesellschaft anderes zu tun als darüber eine – dringend benötigte – Debatte zu führen.⁹

Nun, schon diese drei Beispiele zeigen, dass wir nicht umhin kommen, unsere Gesellschaft als eine Gendergesellschaft zu bezeichnen, auch wenn in Europa beim *gender-mainstreaming* mittlerweile sehr viel erreicht wurde. In Gesetzestexten ist die Gleichbehandlung der Geschlechter umfänglich verankert, die Lebenswirklichkeit freilich sieht anders aus. Man hat den Eindruck, dass unsere Gesellschaft immer noch dabei ist, sich in die eigentlich gar nicht mehr so neue Emanzipation des weiblichen Geschlechtes hineinzufinden. Es gibt sogar Anzeichen dafür, dass in Zeiten der Wirtschaftskrisen, die sich geschlechtsspezifisch unterschiedlich, häufig zum Nachteil von Frauen auswirken, gewisse längst abgelegte eher patriarchalisch organisierte Lebensformen wieder an Attraktivität gewinnen. Als Migrationsgesellschaft sind wir ohnehin auch mit anderen kulturellen Gepflogenheiten in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen bis hin zu Zwangsehen konfrontiert.

Andererseits ist unsere Gesellschaft so liberal, dass sie Prostitution als sexuelle Dienstleistung, die zu über 90 % von Frauen für Männer bereitgestellt wird, in den legalen Wirtschaftskreislauf einbindet. So ist das Zusammenleben von Frauen und Männern durch viele Kontraste geprägt, etwa auch zwischen kinderlosen Singles und Paaren, die viele Freiheiten genießen,

8 In Deutschland bekommen Frauen derzeit durchschnittlich 22 % weniger Gehalt als Männer. Vgl. Statistisches Bundesamt: *Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich?* Online-Publikation unter www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/VerdiensteArbeitskosten/2013_03/PDF2013_03.pdf?_blob=publicationFile (6.6.2014); vgl. auch die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 18. März 2014 (104/14) zum Gender Pay Gap 2013 bei Vollzeitbeschäftigten; zur Lage in der EU vgl. Council of the European Union: *The gender pay gap in the Member States of the European Union: quantitative and qualitative indicators*. Belgian Presidency report 2010. Brüssel 2010.

9 European Union Agency For Fundamental Rights: *Violence against Women: an EU-wide survey. Main results report*. Online-Publikation unter www.fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-survey-main-results_en.pdf (26.3.2014).

und Familien, die nach dem Ende der Großfamilie als Unterstützungsverband häufig, vor allem in Kleinstfamilien mit Alleinerziehenden neue Formen von Überforderung und sozialer Isolation erleiden. Auf die Frage, wie es sich in unserer Gendergesellschaft so lebt, fällt die Antwort je nach der individuellen Position in der Geschlechterordnung sehr unterschiedlich aus. Eine erfolgreiche kinderlose Unternehmerin mit Hauspersonal hat sicher ein anderes Leben als ein alleinerziehender dreifacher Vater in befristeten Teilzeitverträgen. Beide sind in ihren Tätigkeiten anderen Anerkennungsprozessen und Entfaltungsmöglichkeiten ausgesetzt.

Wir reden von Gendergesellschaft, weil Geschlecht in unserer Gesellschaft in vielfältiger Weise und allzu oft unhinterfragt als eine Ordnungskategorie wirkt, die ursprünglich ein hierarchisches Verhältnis zwischen Frauen und Männern legitimierte. Geschlecht ist eine soziale Institution, die mit Bedeutungen aufgeladen ist und über Generationen hinweg in allen gesellschaftlichen Belangen geschlechtsspezifische Verhaltensmuster etabliert (siehe dazu den Beitrag von Gahlings in diesem Band). Selbst Misogynie und Sexismus konnten durch die Frauenbewegungen nicht vollständig beseitigt werden.

Dieses Ordnungssystem betrifft indes nicht nur das Modell der Doppespezies, das von einer ausschließlichen Zweigeschlechtlichkeit ausgeht, sondern auch das Modell der sexuellen Orientierung, das Heterosexualität zur Norm erklärt. Ausgehend von Resultaten der natur- und kulturwissenschaftlichen Geschlechterforschung, aber auch von den Protesten betroffener Menschen hat unsere Gesellschaft in diesen beiden Feldern mittlerweile bedeutende Umstellungen, nicht zuletzt juristischer Natur vorgenommen. Die eine betrifft die Abschaffung des § 175 aus dem StGB im Jahr 1994, der Homosexualität unter Strafe stellte, die andere wurde erst jüngst, im Jahr 2013, vorgenommen und betrifft die Einführung einer dritten Kategorie für die Geschlechtsbestimmung nach der Geburt, die eine duale Zwangsnormierung aufhebt und die Intersexualität anerkennt.

In beiden Fällen ist den juristischen Neuerungen ein langer Prozess der Bewusstseinsbildung vorausgegangen, in dem eine andere Sichtweise auf die Ordnungskategorie Geschlecht so integriert werden musste, dass ein Umdenken auch in der Politik eingeleitet werden konnte. Indes zeigt sich hier, wie schon bei der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, dass der Prozess einer Verschiebung der Perspektive mit einer juristischen Umstellung noch lange nicht abgeschlossen ist. Vielmehr verschärft sich damit gesamtgesellschaftlich die moralische Aufgabe, das Zusammenleben so zu gestalten, dass homosexuelle und intersexuelle Menschen vor Ausgrenzung und Verwerfung nachhaltig geschützt werden,

und zwar sowohl durch die gesellschaftlichen Institutionen als auch durch die individuelle Gestaltung zwischenmenschlicher Bezogenheit. Wie wenig ernst diese Aufgabe allerdings genommen wird, zeigt die in unserer Gendergesellschaft immer noch hochaktive Wirkmacht der Heteronormativität, etwa mit Invektiven gegenüber Homosexuellen (siehe dazu den Beitrag von Buchholz in diesem Band).

Während die gesellschaftliche Realität der gesetzlichen Vorlage noch lange nicht entspricht, sind in wissenschaftlichen Zusammenhängen die Strukturen des *gendering* schon lange umfangreich und anscheinend auch abschließend aufgearbeitet. Die Feministische Theorie wurde zur Frauenforschung, schließlich zu *Gender-Studies*, die Männerforschung erhielt Akzeptanz und schließlich kam die Kategorie Geschlecht selbst in eine bedeutende Legitimationskrise. So werden inzwischen Vorschläge diskutiert, die als Konzept einer letzten ‚feministischen Revolution‘ das *degendering* propagieren, die Abschaffung der Kategorie ‚Geschlecht‘ auf der Ebene der Gesellschaftsstrukturen und Organisationen.¹⁰ Unsere Gendergesellschaft, die sich hinsichtlich der Relevanz von Geschlecht nicht zuletzt auch auf leiblich verankerte Lebenswirklichkeit beruft, wäre freilich mit einer praktischen Umsetzung solcher Elaborate völlig überfordert.

5. Wissensgesellschaft – Netzgesellschaft

Unsere Gesellschaft ist ursprünglich als Wissensgesellschaft bezeichnet worden, weil sich abzeichnete, dass nicht nur die Wissensproduktion zu einem bedeutenden Teil gesamtgesellschaftlicher Arbeit wurde, sondern auch die Berufs- und, allgemeiner, die Lebenschancen des Einzelnen von seiner Teilhabe am Wissen als kulturellem Kapital abhängen.¹¹ Diese Zunahme des Gewichtes von Wissen als gesellschaftliche Handlungsmöglichkeit hat allerdings zu dem geführt, was Nico Stehr in seinem Beitrag zu diesem Band als Fragilität staatlicher Organisationen einerseits und neue Freiheit engagierter Bürger und Bürgerinnen und ihrer Initiative andererseits bezeichnet. Da aber unsere Gesellschaft auch deshalb als Wissensgesellschaft bezeichnet

10 Judith Lorber. *Breaking the Bowls. Degendering and Feminist Change*. New York/London: W. W. Norton u. Company, 2005.

11 Gernot Böhme. „The structures and prospects of knowledge society“, in: *Social Sciences Information* (1997), 36(3). S. 447-468. Dt. in: *Divinatio Studia Culturologica* (Series, vol 5, Autumn-Winter 1997). S. 53-74; gekürzte Fassung in: *Zt. f. kritische Theorie* 14/2002. S. 56-65.

werden muss, weil zur Führung des Lebens und zur gesellschaftlichen Beteiligung immer mehr Wissen vorausgesetzt wird, ist mit ihr auch eine neue Abhängigkeit des Einzelnen von Experten gegeben. Schon Kant hat Ende des 18. Jh. in seinem berühmten Aufsatz *Was ist Aufklärung?*¹² festgestellt, dass die selbstverschuldete Unmündigkeit des einzelnen Bürgers eigentlich darin besteht, dass er seine Lebensführung Experten anvertraut. Und das ist in noch viel höherem Maße in unserer gegenwärtigen Gesellschaft der Fall. Für Eheführung, für Kindererziehung, für Trauerarbeit, ja sogar für Hochzeits- und Ferienplanung, aber auch zur Erhaltung des eigenen Sozialstatus, für alles werden Experten und Expertinnen benötigt.

Von vielen ist unsere Wissensgesellschaft als Informationsgesellschaft angesehen worden, wobei unterstellt wurde, dass Wissen in Information über Fakten bestünde. Das ist zwar eine Illusion, weil Informationen erst durch Interpretation an Bedeutung gewinnen. Tatsache ist aber, dass Wissen heute vornehmlich über netzvermittelte Informationsspeicher zugänglich wird. Wenn man heute durch eine große Universitätsbibliothek schlendert, so ist zu beobachten, dass kaum einer der vielen dort arbeitenden Studierenden in einem Buch liest: Beinahe alle arbeiten am Computer. Das führt uns zu der Behauptung, dass unsere Wissensgesellschaft eigentlich eine Netzgesellschaft sei.¹³ Tatsächlich ist zu den traditionellen Mechanismen, die eine Volksmenge zur Gesellschaft zusammenhalten, nämlich insbesondere Arbeitsteilung und Marktgeschehen, als dritter Mechanismus das Netz, also das Internet getreten.¹⁴ Die durch das Internet verknüpften Gesellschaften sind allerdings nicht mehr die alten nationalen, also durch Landesgrenzen bestimmten Gesellschaften. Vielmehr sind Netzgesellschaften potentiell global. Der und die Einzelne kann durch verschiedene Vernetzungen zu unterschiedlichen Gesellschaften gehören. Ob er oder sie dadurch zu einem multiplen Subjekt wird, sei hier dahingestellt. Jedenfalls kann man sagen, dass man heute zur modernen Gesellschaft gehört, insofern man ‚ein Anschluss‘ ist.

12 Immanuel Kant. „*Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*“, in: ders. *Werke in sechs Bänden* (hrsg. v. W. Weischedel), Bd. VI, Darmstadt: WBG, 1964. S. 53-61.

13 Manuel Castells. *Das Informationszeitalter* / Band 1: „Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft“ [1996]. Opladen: Leske + Budrich. 2001.

14 Gernot Böhme. „Die Technostrukturen der Gesellschaft“, in: B. Lutz (Hg.), *Technik und sozialer Wandel*. Frankfurt a.M.: Campus, 1987. S. 53-65. Englisch: „The Techno-Structures of Society“, in: *Thesis Eleven* 23 (1985). S. 104-116; auch in: N. Stehr/R.V. Ericson (eds.). *The Culture and Power of Knowledge*. Berlin: de Gruyter, 1992. S. 39-50.

Das bedeutet nicht nur, dass man über seinen Internetanschluss am kulturellen Kapital der Gesellschaft teilhat, sondern auch, dass man die Möglichkeit hat, aktiv gesellschaftliche Öffentlichkeit mitzugestalten, sei es durch Diskussionsforen, Blogs oder Ähnliches. Aber auch gesellschaftliche Handlungen im traditionellen Sinne, beispielsweise Einkaufen, geschieht mehr und mehr über das Netz, d. h. vom eigenen mit bestimmten Zugangsdaten gesicherten und individualisierten Anschluss. Es hat sogar Hoffnungen gegeben, dass sich die Netzgesellschaft zu einer Art *grass-root* Demokratie entwickeln könnte. Doch inzwischen hat sich gezeigt, dass das Netz gerade umgekehrt zur Basis gesellschaftlicher, zunächst einmal kommerzieller, aber auch politischer Kontrolle und Herrschaft benutzt werden kann. Zwar hat man ja gewusst, dass das Internet ursprünglich als eine militärische Einrichtung entstanden ist, doch erst der NSA-Skandal hat ins öffentliche Bewusstsein gerückt, dass dadurch ein prinzipielles Menschenrecht, nämlich das Recht auf Privatheit verloren gegangen ist.

So muss man auch unter dem Stichwort *Wissens- oder Netzgesellschaft* sagen, dass der Gedanke an Fortschritt und Leichtigkeit des Seins, der zunächst mit dem *networking* verbunden war, sich inzwischen verdüstert hat und dass die gesellschaftliche Existenz des und der Einzelnen als Netzanschluss prekär geworden ist. Nicht nur, dass die Netzgesellschaft durch Hacker und Viren eine Art neuer Urwald ist und dass man als Nutzer und Nutzerin durch die ständige technologische Umwälzung der Geräte und durch die problematische Kompatibilität mühsam durch diesen Urwald stolpert, sondern auch, weil die eigene Existenz als Netzsubjekt entfremdet wird. Auch das Dasein im Netz ist durch ein tiefes Unbehagen getrübt.